

Rebellen umzingelt

JOLO: Am neunten Tag ihrer Offensive haben die philippinischen Streitkräfte am Sonntag eine Gruppe der Abu-Sayyaf-Extremisten umzingelt.

Vizegouverneur Munib Estino erklärte, die Rebellen hätten versucht, einen Strand zu erreichen, um so von der Insel Jolo zu fliehen. Etwa 2000 Soldaten hätten dies, unterstützt von Artillerie und Hubschraubern, verhindert. Estino sagte weiter, die Verfolgung der Entführer sei wieder aufgenommen worden, nachdem es örtlichen Verhandlungsführern nicht gelungen sei, die Freilassung des Amerikaners Jeffrey Schilling zu erwirken.

Die etwa 500 Rebellen wollten mit ihren Geiseln flüchten und sind mit Maschinengewehren und Panzerfäusten bewaffnet, wie Estino erklärte.

Die philippinischen Streitkräfte zerstörten bei ihrer Offensive nach Berichten von Augenzeugen mindestens zwei Dörfer; mehr als 100 Bambushäuser brannten nieder.

Am Samstag räumten die Streitkräfte erstmals ein, dass bisher ein Soldat getötet worden sei. Die Zahl der getöteten Abu-Sayyaf-Kämpfer wurde auf 28 bis 60 beziffert.

Einer ihrer Anführer sei schwer verletzt worden. Nach Militärangaben wurden bisher zwei Zivilisten getötet. Unbestätigten Berichten zufolge soll die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung aber weit höher liegen. Die Sprecherin der Gesundheitsbehörde, Nelsa Amin, erklärte, die Dorfbewohner hätten Angst, Todesfälle zu melden. «Sie wollen keine Namen nennen», sagte sie.

Die Behörden erwarteten weitere Todesfälle, dürften jedoch einige Gegenden ohne Erlaubnis der Streitkräfte nicht betreten werden. Sie bat die Regierung um eine kurze Waffenruhe, damit Ärzte die Verwundeten behandeln könnten.

Chaotische Zustände bei Wahlen in Jugoslawien

Offenbar aber hohe Wahlbeteiligung in Serbien

BELGRAD: Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Jugoslawien ist es am Sonntag offenbar zu erheblichen Unregelmässigkeiten gekommen.

Trotz teils chaotischer Zustände war die Wahlbeteiligung nach Angaben der Opposition in Serbien aber überdurchschnittlich hoch. Beobachtern zufolge fehlten in vielen Wahllokalen, besonders im Kosovo, die Wahlkabinen, so dass die Bürger ihre Stimme nicht geheim abgeben konnten. Vertretern der Opposition sei der Zutritt zu Wahllokalen verwehrt worden, sie hätten weder Wählerlisten noch Urnen oder Stimmzettel überprüfen können. Das unabhängige Zentrum für freie Wahlen und Demokratie charakterisierte die Abstimmungen als «absolutes Chaos».

Die Gegner von Staatspräsident Slobodan Milosevic hatten Manipulationen schon erwartet, da der Amtsinhaber in Umfragen deutlich hinter dem Oppositionskandidaten Vojislav Kostunica lag. Die Wahlbeteiligung lag nach Informationen des Zentrums für freie Wahlen und Demokratie in Serbien bis zum Nachmittag bei fast 50 Prozent. Die Opposition berichtete am Abend von einer unglaublich hohen Beteiligung der serbischen Wähler. In der Stadt Arije habe sie bei 85 Prozent gelegen, in der Oppositionshochburg Novi Sad bei 70 Prozent. «Das bedeutet, die Opposition hat gewonnen», sagte Mile Isakov von der Demokratischen Reformpartei. Cedomir Jovanovic, Wahlkampfleiter des Oppositionsbündnisses,



Die Wahlen in Jugoslawien gestern wurden als chaotisch beschrieben. Die Opposition wirft Amtsinhaber Slobodan Milosevic Wahlmanipulation und andere Unregelmässigkeiten vor. Offizielle Zahlen werden für heute Montag erwartet.

rechnete mit einer Stichwahl um das Präsidentenamt.

Im regierungstreuen Fernsehen wurde kurz nach Schliessung der Wahllokale berichtet, Milosevic habe im Kosovo einen «überwältigenden Sieg» errungen. Dagegen erklärte der Leiter der UN-Verwaltung im Kosovo, Bernard Kouchner, die Abstimmung habe internationalen Demokratiestandards nicht entsprochen. Oppositionsvertreter bestätigten am

Sonntagabend den Wahlsieg Milosevics für die Kosovostadt Kosovska Mitrovica, beklagten aber gleichzeitig undemokratische Bedingungen.

In Montenegro, dessen prowestliche Führung die Wahlen boykottierte, lag die Wahlbeteiligung nach Angaben der Regierung unter 20 Prozent. Die Regierung kündigte für den Fall eines Wahlsiegs von Milosevic ein Unabhängigkeitsreferendum an. Die staatliche

Wahlkommission erklärte, die Wahlen seien ohne Zwischenfälle abgelaufen, was unabhängige Beobachter zurückwies. «Es ist schlimmer denn je», sagte Marko Blagojevic vom Zentrum für freie Wahlen und Demokratie. «Ich glaube nicht, dass es seit der Steinzeit irgendwo Wahlen wie diese gegeben hat.» In Negotin im Osten Jugoslawiens verschafften sich Oppositionsvertreter gewaltsam Zutritt zu einem Wahllokal und fanden dort eine Urne vor, die schon im Voraus mit Stimmzetteln zu Gunsten Milosevics gefüllt worden war. Vertreter der Europäischen Union oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) waren nicht als Beobachter zugelassen worden.

Gegner an Stimmabgabe gehindert

Zum ersten Mal in der Geschichte Jugoslawiens waren die Wähler der Teilrepubliken Serbien und Montenegro aufgerufen, direkt über das Amt des Staatspräsidenten abzustimmen. Die EU hatte ein Ende der Sanktionen versprochen, falls Milosevic abgewählt wird. Dieser gab sich gelassen. Er glaube, die Wahl werde «Gutes für das Land und unser Volk» bringen, sagte er. Aber auch sein Kontrahent Kostunica zeigte sich zuversichtlich: «Das Regime ist sich darüber bewusst, dass es diese Wahlen verliert, und das Volk hat keine Angst zu sagen, was es über eine solche Führung denkt.» Er hält keiner der insgesamt fünf Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit, findet am 8. Oktober ein Stichwahl statt.

NACHRICHTEN

15 Zivilisten ermordet

ALGIER: Bei Überfällen islamistischer Extremisten sind in Nordalgerien laut Presseberichten des Landes vom Sonntag 15 Zivilisten ermordet worden. Allein sieben Mitglieder einer Familie, darunter drei Kleinkinder und zwei Frauen, wurden am vergangenen Freitagabend von einem Killerkommando in ihrem Wohnhaus in Bougara, einem südlichen Vorort Algiers, hingemetzelt, berichtete die private Tageszeitung «Le Matin».

Über 100 000 demonstrieren gegen ETA-Gewalt

SAN SEBASTIAN: Die Protestbewegung gegen den Terror der baskischen Separatistenorganisation ETA in Spanien erhält immer mehr Zulauf. In San Sebastian in Nordspanien demonstrierten am Samstagabend mehr als 100 000 Menschen gegen die terroristische Gewalt. Die Kundgebung wenige Tage nach der erneuten Ermordung eines Kommunalpolitikers war nach Radioberichten vom Sonntag die grösste Demonstration in der Geschichte der baskischen Küstenstadt mit derzeit 180 000 Einwohnern.

Präsidenten-Amtszeit wird verkürzt

PARIS: Die Amtszeit des französischen Präsidenten wird von sieben auf fünf Jahre verkürzt. Diese Verfassungsänderung wurde am Sonntag bei einer Volksabstimmung klar angenommen, wenn auch mit einer Beteiligung auf Rekordtief. Laut Hochrechnung lag der Ja-Stimmenanteil bei rund 73 Prozent. An dem Referendum beteiligten sich jedoch nur 30 Prozent der Wahlberechtigten, so wenig wie noch nie bei den bisher acht Volksvorlagen.

Israel bringt Teillösung ins Gespräch

JERUSALEM: Wegen Problemen bei den Friedensverhandlungen mit den Palästinensern hat Israel eine Teileinigung ins Gespräch gebracht. Die Palästinenser lehnten das ab und verwiesen auf die schon überschrittene Einigungsfrist vom 13. September. Eine Teileinigung würde den grössten Teil der Themen abdecken, und für den Rest könnte eine Einigungsfrist gesetzt werden, sagte Ministerpräsident Ehud Barak am Sonntag im Kabinett nach Angaben der Regierung.

Demonstranten machen IWF für Kindersterblichkeit verantwortlich



PRAG: Mit einer gespielten Beerdigung haben am Sonntag in Prag Demonstranten gegen die Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) protestiert.

Die Menschenrechtsorganisation Jubilee 2000 erklärte, in Folge der Politik der beiden Institutionen sterben täglich 19.000 Kinder weltweit. Die armen Länder könnten wegen ihrer hohen Schulden keine angemessene Gesundheitsfürsorge bezahlen. «50 Jahre Un-

terdrückung sind genug», sagte ein kenianischer Demonstrant. «Weltwirtschaft bedeutet weltweite Apartheid.» IWF-Sprecher David Hawley wies die Vorwürfe der Demonstranten zurück.

«Die Behauptung, der Fonds töte Babys, ist Unsinn. Der Fonds und die Weltbank wollen die Armut verringern», erklärte er. IWF und Weltbank eröffnen am Dienstag ihre Jahrestagung in Prag. Die Demonstranten kündigten an, die wichtigste Autobahn zu blockieren.

Weitere Familientreffen

Weiterhin Tauwetter zwischen Nord- und Südkorea



Das Tauwetter in den Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea hält an. Die beiden Länder einigten sich auf weitere Familienbegegnungen noch vor Ablauf des Jahres. Am Montag soll erstmals ein Treffen der Verteidigungsminister stattfinden. Vertreter der Rot-Kreuz-Verbände beider Länder kündigten am Samstag am Verhandlungsort in Nordkorea in einer Erklärung direkte Kontakte von 200 Menschen aus beiden Teilen der geteilten Halbinsel an, die seit mehr als einem halben Jahrhundert voneinander getrennt leben. Danach soll ausserdem erstmals 300 Menschen aus beiden koreanischen Staaten offiziell der Briefwechsel gestattet werden. Die Verwandtenbesuche sind Teil eines Abkommens, das die Staatschefs beider Länder während ihres als historisch geltenden Gipfeltreffens im Juni in Pjöngjang geschlossen hatten.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 22. September 2000
Kategorie A (thesaurierend)
 Ausgabepreis: € 57.50
 Rücknahmepreis: € 56.27
Kategorie B (ausschüttend)
 Ausgabepreis: € 56.50
 Rücknahmepreis: € 55.33

Zahlstelle in Liechtenstein:
 Bank Wegelin (Liechtenstein) AG
 Helligkreuz 49, FL-9490 Vaduz